

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2021

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat der EU und EU-Parlament: Europäisches Jahr der Jugend.....	1
Rat der EU: Einigung über Gesetzentwurf zum Gender Pay Gap und zum EU-Mindestlohn	1
Rat der EU: Entschließungen zu Partizipation junger Menschen und digitaler Bildung	1
Europäischer Gerichtshof: Urteil zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Eltern	2
EU-Kommission: Konsultation zu Lebensmittelkennzeichnung	2
EU-Kommission: Neues Monitoring zu Krebserkrankungen bei Kindern in der EU.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Frankreich: Kampagne zum Personalmangel in der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen.....	3
Portugal: Freistellung für trauernde Eltern verlängert	3
Großbritannien: Migrationsausschuss schlägt vereinfachte Visavorschriften für Pflegende vor	3
Großbritannien: Rechtskommission verschiebt Beurteilung der Reformpläne zur Eheschließung	3
Schweiz: Änderung des Geschlechtseintrags vereinfacht	4
Schweiz: Elternberatung ausgeweitet	4
Spanien: Psychische Belastung von Kindern durch die Pandemie erhöht.....	4
Weitere Nachrichten	5
UNICEF: Pilotphase der EU-Kindergarantie	5
Europäischer Tag der Menschen mit Behinderungen	5
COFACE: Meinungsbeiträge zum Fortschritt bei der Diversität von Spielzeug	5
Konsultation junger Menschen zur Zukunft Europas.....	6
Offener Brief gegen Energiearmut	6
Gent ist Europäische Jugendhauptstadt 2024	7
Berichte und Studien	7
COFACE: Kurzbericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung	7
COFACE: Bericht zu Best Practices nach S.H.I.F.T. Prinzipien	7
UNICEF: Berichte zur Überwindung der Coronakrise und geschlechtergerechten Bildung	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat der EU und EU-Parlament: Europäisches Jahr der Jugend

Der Rat der EU und das EU-Parlament haben eine vorläufige Einigung erzielt, in der sie die Entscheidung bekräftigen, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend auszurufen. Vorgeschlagen hatte dies die EU-Kommission (s. [EuropaNews 10/21](#)), um junge Menschen in Europa bei ihrer beruflichen Entwicklung zu unterstützen und ihre politische Partizipation zu fördern. Der EU-Jugendbericht hatte gezeigt, dass sich die Bildungschancen, Beschäftigungsmöglichkeiten und die psychosoziale Situation junger Menschen während der Pandemie deutlich verschlechtert haben. Das geplante Europäische Jahr wird Konferenzen, Veranstaltungen und Informationskampagnen umfassen, die junge Europäer:innen in diesen Bereichen Möglichkeiten aufzeigen sollen.

Rat der EU: Einigung über Gesetzentwurf zum Gender Pay Gap und zum EU-Mindestlohn

Der Rat der EU hat sich auf eine gemeinsame Position zum geplanten EU-Gesetz gegen Lohndiskriminierung und zur Schließung des Gender Pay Gap geeinigt. Die Mitgliedstaaten sind dafür, Arbeitgeber zu verpflichten, Gehaltsstufen und Positionen nach objektiven und geschlechtsneutralen Kriterien zu gestalten. In Abstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften soll es für Arbeitnehmer:innen außerdem möglich sein, Informationen über die Höhe der Gehälter anderer Angestellter mit gleichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu erhalten. Bereits vor Vertragsabschluss sollen Arbeitgeber künftig Aussagen zum Gehalt machen, z.B. in der Stellenausschreibung. Arbeitgeber mit über 250 Arbeitnehmer:innen sollen verpflichtet werden, jährlich über den Gender Pay Gap in ihrem Unternehmen an die jeweils zuständige Behörde zu berichten und diese Informationen auch zu veröffentlichen. Können Gehaltsunterschiede von über 5 Prozent zwischen den Geschlechtern nicht anhand nachvollziehbarer Kriterien begründet werden, muss das Unternehmen gemeinsam mit dem Betriebsrat eine Bewertung der Gehaltsverteilung erarbeiten. Der Rat der EU wird im nächsten Schritt mit dem EU-Parlament einen finalen Entwurfstext abstimmen.

Auch für das geplante Gesetz über den EU-Mindestlohn konnte der Rat der EU eine Einigung erzielen. Er beschloss ein Verhandlungsmandat, womit eine grundsätzliche Unterstützung sowie die Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem EU-Parlament signalisiert wird. Der Rat betont, die Kapazitäten von Sozialpartnern für Tarifverhandlungen zu stärken und die Verbreitung von Tarifverträgen zu fördern. Die Festlegung der Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten soll sich an nachvollziehbaren Kriterien orientieren und entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig aktualisiert werden. Außerdem ist ein System zum Mindestlohnschutz geplant, das eine Umgehung der Vorschriften verhindert. Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, über das Mindestlohnniveau, die Quote der tarifvertraglichen Abdeckung und weiterer Kennzahlen alle zwei Jahre Bericht zu erstatten.




- [Vorschlag für eine Richtlinie für gleiches Entgelt durch Lohntransparenz](#) 
- [Vorschlag für eine Richtlinie über einen Rahmen für angemessene Mindestlöhne](#) 

Rat der EU: Entschließungen zu Partizipation junger Menschen und digitaler Bildung

Die Bildungsminister:innen der EU haben in einer Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport beschlossen, die gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation junger Menschen zu fördern. Dies soll erreicht werden, indem der „bürgerliche Raum“ online und offline so gestaltet wird, dass alle Gruppen junger Menschen sich beteiligen und frei äußern können. Außerdem hat der Rat eine Empfehlung zum Blended Learning



in Primar- und Sekundarschulen angenommen. Das sind Unterrichtsformate, die digitale Angebote mit dem Lernen in Präsenz verknüpfen. Erreicht werden soll ein hochwertiger, inklusiver und zeitgemäßer Unterricht. Die Bildungsminister:innen nahmen auch die EntschlieÙung für eine neue europäische Agenda für die Erwachsenenbildung an, in der die Entwicklung von Kompetenzen durch Weiterbildungen und die digitale Bildung im Zentrum stehen.

- [Schlussfolgerungen zur Schaffung eines bürgerlichen Raums zur Teilhabe](#) 
- [Empfehlungen des Rates zu Blended-Learning-Ansätzen](#) 
- [EntschlieÙung des Rates zu einer neuen europäischen Agenda für die Erwachsenenbildung](#) 

Europäischer Gerichtshof: Urteil zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Eltern

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat geurteilt, dass EU-Mitgliedstaaten die Elternschaft beider gleichgeschlechtlicher Partner:innen anerkennen müssen, wenn diese in der Geburtsurkunde des Kindes so eingetragen sind. Die rechtliche Elternschaft führe dazu, dass die Staatsbürgerschaft des Kindes im Herkunftsland des Elternteils anerkannt werden müsse. Außerdem gelte, wie auch für alle leiblichen Eltern, ein Einreise- und Aufenthaltsrecht des anderen Elternteils gemeinsam mit dem Kind. Geklagt hatte ein lesbisches Ehepaar gegen die Entscheidung Bulgariens, ihre gemeinsame Elternschaft nicht anzuerkennen. Die Eltern sind eine bulgarische und eine britische Staatsbürgerin, die in Spanien leben und dort als zwei Mütter in die Geburtsurkunde eingetragen wurden. Der EuGH stellte klar, dass kein Mitgliedstaat Eltern ihr Recht auf Freizügigkeit vorenthalten oder erschweren dürfe, weil beide Eltern das gleiche Geschlecht haben. Dies bedeute allerdings nicht, dass jeder Mitgliedstaat die gleichgeschlechtliche Ehe anerkennen und selbst Geburtsurkunden mit zwei Müttern oder Vätern ausstellen müsse.

EU-Kommission: Konsultation zu Lebensmittelkennzeichnung

Die EU-Kommission plant, im Rahmen der europäischen Strategie für nachhaltige Lebensmittelversorgung und dem Plan zur Krebsbekämpfung, die Kennzeichnung von Lebensmitteln zu überarbeiten. Dazu hat sie eine öffentliche Konsultation gestartet, in der Bürger:innen, Verbände, Unternehmen und alle Interessierten ihre Meinung äußern können. Die Überarbeitung betrifft Nährwertkennzeichnungen und -profile, Angaben zu Herkunft und Verfallsdatum sowie die Kennzeichnung alkoholischer Getränke. Die Konsultation läuft bis zum 07. März 2022. Der Vorschlag für die Reform der Lebensmittelinformationsverordnung soll dem Rat und dem Parlament bis zum Ende des kommenden Jahres vorgelegt werden.

- [Öffentliche Konsultation zur Lebensmittelkennzeichnung](#)

EU-Kommission: Neues Monitoring zu Krebserkrankungen bei Kindern in der EU

Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission hat eine Ergänzung des Europäischen Krebsinformationszentrums vorgestellt, die sich Krebserkrankungen bei Kindern widmet. Dieser neue Bereich soll die Erforschung, Prävention, Diagnostik und Behandlung fördern und mit der Ausrichtung von Gesundheitssystemen auf die Bedürfnisse von Kindern zur EU-Kinderstrategie beitragen. Teil des Arbeitsbereichs ist auch eine öffentliche Datenbank zur Verbreitung von Krebserkrankungen bei Patient:innen unter 19 Jahren. Sie enthält Daten zur Häufigkeit verschiedener Formen von Krebs bei Kindern und Jugendlichen und die regionale

Verteilung in Europa. Die Daten können nach Geschlecht, Altersgruppen und Zeitpunkt der Diagnose aufgeschlüsselt werden.

- [Datenbank zu Krebserkrankungen bei Kindern des Europäischen Krebsinformationszentrums](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Kampagne zum Personalmangel in der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen

Die französische Organisation für Menschen mit Behinderungen UNAPEI macht aktuell mit einer Informationskampagne darauf aufmerksam, dass in sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen ein großer Mangel an professionellem Personal besteht. Damit bekämen sie nicht die Unterstützung, die sie benötigten. In der Kampagne wird gefordert, die sozialen Berufe der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen aufzuwerten. Ausreichendes Personal sei eine Voraussetzung, dass Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf soziale Teilhabe wahrnehmen könnten. Die medizinischen Berufe im Bereich der Pflege von Menschen mit Behinderungen sind bereits neu bewertet und tariflich hochgestuft worden. UNAPEI fordert, diese Neubewertung auch für die sozialen Berufe in diesem Feld vorzunehmen.

Portugal: Freistellung für trauernde Eltern verlängert

Die portugiesische Regierung hat eine Reform im Arbeitsrecht beschlossen, nach der die Freistellung trauernder Eltern nach dem Tod eines Kindes verlängert wird. Eltern, deren Kind verstirbt, haben künftig das Recht, 20 statt bisher fünf Tage von ihren Arbeitgeber:innen freigestellt zu werden. Außerdem haben sie Anspruch auf psychologische Unterstützung, die beim nationalen Gesundheitsdienst beantragt werden kann. Bei Verlust von Ehe- bzw. eingetragenen Lebenspartner:innen sowie Eltern bleibt die Freistellung von fünf Tagen bestehen.

Großbritannien: Migrationsausschuss schlägt vereinfachte Visavorschriften für Pflegende vor

In Großbritannien hat der Migrationsausschuss (Migration Advisory Committee, MAC) der Regierung empfohlen, die Visavergabe für Menschen in Pflegeberufen zu vereinfachen. Der Pflegesektor im Vereinigten Königreich hätte seit dem Brexit schwerwiegende Probleme, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden und zu halten. Aktuell seien ca. zehn Prozent der freien Stellen in der Pflege nicht zu besetzen. Seit dem Brexit müssen Pflegende aus EU-Mitgliedstaaten, die in Großbritannien arbeiten wollen, ein Arbeitsvisum beantragen. Im Rahmen der Entscheidung über die Visavergabe werden Qualifikation und Gehaltsaussichten der Personen in einem Punktesystem eingestuft. Unter anderem ist ein Mindesteinkommen von 30.000 Britischen Pfund im Jahr erforderlich. Da die Löhne in Pflegeberufen in Großbritannien zu gering sind, um dieses Mindesteinkommen zu erreichen, werden die Anträge von Pflegekräften in der Regel abgelehnt. Der Migrationsausschuss empfiehlt daher, Pflegeberufe der Liste von Berufen hinzuzufügen, für die aufgrund von Fachkräftemangel Sonderregelungen gelten.

Großbritannien: Rechtskommission verschiebt Beurteilung der Reformpläne zur Eheschließung

Die britische Rechtskommission arbeitet derzeit an einer Beurteilung der geplanten Reform zur Eheschließung und hat angekündigt, erst im Sommer des kommenden Jahres ihre Empfehlungen an die Regierung abzugeben. Die Beurteilung war ursprünglich zu einem früheren Zeitpunkt geplant, musste aber aufgrund der großen Menge

detaillierter Antworten auf eine öffentliche Konsultation verschoben werden. Überprüft werden Reformpläne, die das Heiraten bürokratisch vereinfachen und verschiedene Formen von Eheschließungen ermöglichen sollen. Diskutiert wird zum Beispiel, die Eheschließung in privaten Räumen oder auf Schiffen zu ermöglichen und Vertreter:innen nicht-religiöser Glaubensgemeinschaften die Zeremonie leiten zu lassen.

- [Übersicht über mögliche Reformen der Eheschließung in Großbritannien](#)  

Schweiz: Änderung des Geschlechtseintrags vereinfacht

Transsexuelle Menschen können in der Schweiz in Zukunft unbürokratisch ihren Geschlechtseintrag ändern lassen: Eine aktuell beschlossene Änderung des Zivilgesetzbuches sieht vor, dass die Änderung des Geschlechtseintrags durch eine Erklärung beim Standesamt zum Preis von 75 Franken (ca. 72 Euro) veranlasst werden kann. Dazu ist keine medizinisch-psychologische Überprüfung der Transsexualität notwendig. Jede Person, die davon überzeugt ist, nicht dem bisher eingetragenen Geschlecht anzugehören, kann die Änderung veranlassen. Bei Betroffenen im Alter von unter 16 Jahren ist die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter:innen notwendig. Durch die Änderung des Geschlechtseintrags ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf bestehende familienrechtliche Beziehungen wie Ehe, eingetragene Partnerschaft und Elternschaft. Bisher ist nur die Eintragung des weiblichen oder männlichen Geschlechts möglich. Der Bundesrat erarbeitet aktuell einen Bericht über die Möglichkeiten der Einführung eines dritten Geschlechts oder der Abschaffung des Geschlechtseintrags.

Schweiz: Elternberatung ausgeweitet

In einem Pilotprojekt ergänzt die Schweizer Familienorganisation Pro Juventute ihre Elternberatung um ein Angebot der Beratung über das Telefon und per Chat. Die Telefon- und Chatberatung steht außerhalb der Öffnungszeiten von Beratungsstellen zur Verfügung: wochentags abends und samstagsvormittags. Das Pilotprojekt wird in Zusammenarbeit mit lokalen Mütter- und Väterberatungsstellen in der deutschsprachigen Schweiz umgesetzt. Es wird evaluiert, ob die Telefon- und Chatberatung zu diesen Uhrzeiten dazu führt, dass Eltern, die Beratung vor Ort nicht in Anspruch nehmen, das Angebot nutzen. Zudem soll das Beratungsangebot von Pro Juventute mit dem Netzwerk der Beratungsstellen enger verknüpft werden. Auch der Elternnotruf der Schweiz arbeitet aktuell daran, mehr Eltern zu erreichen und stellt sein Angebot in einem neuen Film vor. Während Pro Juventute eher zu allgemeinen Erziehungsfragen berät, bietet der Elternnotruf Hilfe in akuten Belastungssituationen und fokussiert stärker die Prävention von Gewalt in Familien.

Spanien: Psychische Belastung von Kindern durch die Pandemie erhöht

Ein aktueller Bericht von Save the Children über die psychische Gesundheit von Kindern in Spanien zeigt deren starke Belastung durch die Pandemie. So habe sich die Zahl psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen seit Beginn der Pandemie verdreifacht: Der Anteil psychischer Erkrankungen bei Kindern im Alter von vier bis 14 Jahren sei von einem auf vier Prozent angestiegen, der von Verhaltensstörungen von zweieinhalb auf sieben Prozent. Drei Prozent der Kinder hätten im Jahr 2021 mit suizidalen Gedanken gekämpft. Der Bericht zeigt außerdem, dass Kinder in Haushalten mit geringem Einkommen vier Mal häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen sind als Kinder in Haushalten mit höheren Einkommen. Psychosoziale Dienste in Spanien sind durch die hohe Zahl von Anfragen derzeit stark überlastet.

Weitere Nachrichten

UNICEF: Pilotphase der EU-Kindergarantie

UNICEF führt die Pilotphase der Vorbereitung der EU-Kindergarantie mit Unterstützung der EU durch. Die Vorbereitung befindet sich aktuell (Sommer 2020 – Sommer 2022) in der letzten Phase vor der geplanten EU-weiten Implementierung der Kindergarantie. In dieser Phase, die UNICEF für die EU umsetzt, werden innovative Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut in sieben Pilotstaaten getestet. Dafür ausgewählt wurden Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Deutschland, Italien, Litauen und Spanien. UNICEF hat einen Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung veröffentlicht. Darin werden die Pilotprogramme aus den verschiedenen Ländern vorgestellt und gezeigt, welche Fortschritte mit ihnen erzielt wurden. Sie umfassen z.B. Projekte zur Unterstützung von Familien durch Hausbesuche, zu frühen Hilfen zur Erziehung, für frühkindliche Entwicklung und gute frühkindliche Bildung. Es wird jeweils dargestellt, für welche Gruppen besonders vulnerabler Kinder die Programme konzipiert wurden. Für jedes der teilnehmenden Länder wurde außerdem ein einzelner Bericht erstellt. Der Bericht zum deutschen Pilotprojekt stellt Fortschritte in den Bereichen frühkindliche Bildung und Betreuung, Zugang zu kostenlosen Bildungsprogrammen, Wohnraumversorgung, Gesundheitsversorgung und die Förderung gesunder Ernährung dar.

- [UNICEF: Update zu "Testing the EU Child Guarantee in the EU Member States"](#)  
- [Pilotprojekte zur EU-Kindergarantie in Deutschland](#)  

Europäischer Tag der Menschen mit Behinderungen

Der 03. Dezember wurde im Jahr 1992 von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen ausgerufen. Anlässlich des Aktionstags organisierte die EU-Kommission gemeinsam mit dem European Disability Forum eine Konferenz zum Thema Gesundheit und Digitalisierung sowie zu den Bedürfnissen von Kindern mit Behinderungen. Es wurde darauf hingewiesen, dass Menschen mit Behinderungen eine viermal geringere Wahrscheinlichkeit haben als andere, nicht ausreichend gesundheitlich versorgt zu werden. Nur 64 Prozent der Menschen mit Behinderung verfügten über einen Internetzugang, im Vergleich zu 88 Prozent der Menschen ohne Behinderungen. Kinder mit Behinderungen seien überproportional häufig in Pflege- und Betreuungseinrichtungen untergebracht. Auch die UN hat verschiedene Veranstaltungen anlässlich des Aktionstages organisiert. Die Ergebnisse einer Online-Konferenz zum Abbau von Ungleichheiten durch digitale Technologien und einer Online-Veranstaltung zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sind auf ihrer Website zum Aktionstag abrufbar.

- [European Day of Persons with Disabilities](#) 
- [UN: Reducing Inequalities Through Technologies](#)  
- [UN: Children and adolescents with disabilities and their voices post COVID-19](#)  

COFACE: Meinungsbeiträge zum Fortschritt bei der Diversität von Spielzeug

COFACE Families Europe hat Vertreter:innen der Spielzeugindustrie und von UNICEF eingeladen, Meinungsbeiträge zum Fortschritt im Bereich der Diversität von Spielzeugen zu verfassen. Diese wurden als Blogposts auf der Website der COFACE veröffentlicht. In ihrem Beitrag betont UNICEF, dass nicht nur die Spielzeuge selbst, sondern häufig auch die Eltern dazu beitragen, dass Jungen in Richtung naturwissenschaftlicher Interessen und körperbetonter

Spiele bestärkt werden. Bei Mädchen bestehe weiter die Tendenz, kommunikative, künstlerische und häusliche Aktivitäten zu fördern. Verwiesen wird außerdem auf eine UNICEF-Publikation, in der Möglichkeiten zur Beurteilung von Marketing-Kampagnen in Bezug auf Stereotype vorgestellt werden. Die Vertreter:innen der Spielzeugindustrie berichten in ihrem Beitrag über Vorurteile, die Kinder zum Teil schon ab dem Alter von fünf Jahren verinnerlicht hätten. Des Weiteren wird auf die „Play for Change Awards“ eingegangen, mit denen der Verband europäischer Spielzeugindustrie Hersteller auszeichnet, die Diversität und Chancengleichheit fördern. COFACE hat die Kampagne Toys&Diversity im Jahr 2016 gestartet und veröffentlicht regelmäßig Berichte zu Diversität und Stereotypen im Spielzeug-Marketing und zu den Einstellungen der Eltern in der Auswahl von Spielzeugen.

- [Alle Beiträge zur Kampagne Toys&Diversity von COFACE](#) 
- [Promoting diversity and inclusion in advertising: A UNICEF playbook](#) 

Konsultation junger Menschen zur Zukunft Europas

Die Plattform Make.org und das Deutsch-Französische Jugendwerk haben gemeinsam eine Konsultation gestartet, die die politische Partizipation junger Menschen fördern soll. Sie richtet sich zunächst an junge Menschen in Deutschland. Ziel ist es, die Themen und Anliegen herauszufinden, die der Jugend am wichtigsten sind. Im nächsten Schritt sollen diese in konkrete Ziele übersetzt und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Parallel findet eine Konsultation in Frankreich statt, deren Ergebnisse im Rahmen der deutsch-französischen Jugenddialoge mit denen der jungen Menschen in Deutschland verglichen werden. In diesem Rahmen soll ein gemeinsamer deutsch-französischer Beitrag für die Konferenz zur Zukunft Europas erarbeitet werden. Die Konsultation läuft bis zum 09. Januar 2022.

- [Junge Bürgerinnen und Bürger: Wo liegen eure Prioritäten für die Zukunft Europas?](#)

Offener Brief gegen Energiearmut

45 zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Initiativen für soziale Gerechtigkeit haben einen offenen Brief an die EU verfasst, in dem sie die effektive Bekämpfung von Energiearmut in Europa fordern. Schätzungen zufolge seien über 50 Millionen Europäer:innen davon betroffen. Das bedeutet, sie leben ohne ausreichende Energieversorgung insbesondere zum Heizen oder in Wohnungen, die durch Feuchtigkeit und Undichte zum Gesundheitsrisiko werden. Diese Zustände verursachten EU-weit jährlich 100.000 vorzeitige Todesfälle und kosteten der öffentlichen Gesundheit über 194 Milliarden Euro. Es müssten Minimalstandards für die Energieeffizienz von Wohngebäuden festgelegt und umfassend ermittelt werden, wo in der EU Menschen in unsicheren, ungesunden und ineffizienten Wohnräumen lebten. Außerdem müsse die Sanierung von Wohngebäuden gefördert und dabei Sozialwohnungen und andere Wohnformen für Menschen mit geringem Einkommen priorisiert werden. Energieeffizientes Wohnen entlaste Bürger:innen von hohen Kosten und Gesundheitsgefahren und reduziere den Energieverbrauch erheblich. Somit sei die staatliche Förderung von Energieeffizienz eine Investition in soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz.

- [The Renovation Wave must deliver on its commitment to tackle energy poverty](#) 

Gent ist Europäische Jugendhauptstadt 2024

Das Europäische Jugendforum hat seine Entscheidung für die Europäische Jugendhauptstadt bekanntgegeben und angekündigt, dass die Stadt Gent diesen Titel im Jahr 2024 tragen wird. Überzeugt hatte die Stadt mit den Plänen, junge Menschen bei demokratischen Prozessen und gesellschaftlichen Aktivitäten in den Mittelpunkt zu stellen. Dafür hat sie z.B. den Genter Jugendrat eingeführt, der die Stadt als offizielles Gremium unterstützt. Außerdem sei Gent mit regionalen und europäischen Jugendpartnerschaften im stetigen Austausch über Möglichkeiten der Gestaltung einer Stadt für junge Menschen. Mit der Bekanntgabe hat auch die Bewerbungsphase für die Europäische Jugendhauptstadt 2025 begonnen. Alle lokalen Behörden aus EU-Mitgliedstaaten, die der EU-Kulturkonvention beigetreten sind, können sich bewerben.

- [Aufruf zur Bewerbung für die Europäische Jugendhauptstadt 2025](#) 

Berichte und Studien

COFACE: Kurzbericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung

COFACE Families Europe hat einen Kurzbericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung veröffentlicht. Darin wird dargestellt, wie diese zur Work-Life-Balance der Familien, zu einer Wirtschaft mit Chancengleichheit und einer inklusiven Gesellschaft beitragen. Frühkindliche Betreuung trage zur Armutsbekämpfung bei, da Kinder durch frühkindliche Bildung bessere Chancen auf eine gute Qualifizierung und damit den sozialen Aufstieg erhielten. Sie trage ebenso zu einer ausgeglichenen Aufteilung von Erwerbs- und Pflegearbeit bei und unterstütze damit die Geschlechtergerechtigkeit sowie die Teilnahme am Erwerbsleben beider Geschlechter. Der Bericht betont, dass sich die EU in der Europäischen Säule sozialer Rechte dazu verpflichtet habe, den Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Betreuung voranzubringen, die Work-Life-Balance von Familien zu fördern und die Geschlechtergerechtigkeit zu unterstützen. Es wird außerdem dargestellt, welche der Barcelona-Ziele seit dem Jahr 2002 umgesetzt worden sind. Diese wurden als Teil der EU-Beschäftigungsstrategie formuliert und enthielten neben der Erwerbsintegration von Frauen auch Ziele für die Versorgung mit ausreichend Betreuungsplätzen im frühkindlichen Bereich. So sollte erreicht werden, dass in der EU 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren eine Kita besuchen. Im EU-Durchschnitt wurde dies im Jahr 2019 erreicht, wobei jedoch große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. So hätten nur 15 der 27 Mitgliedstaaten dieses Ziel auf nationaler Ebene erreicht.

- [COFACE: Early childhood education and care](#)  

COFACE: Bericht zu Best Practices nach S.H.I.F.T. Prinzipien


COFACE Families Europe hat anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen einen Bericht mit Best Practices herausgegeben. Dieser soll illustrieren, wie die Prinzipien der COFACE-Inklusions-Kampagne S.H.I.F.T. (Support, Human rights, Independence, Families, societal Transition) umgesetzt werden können. Ausgewählt wurden Programme, die allen Richtlinien von S.H.I.F.T. entsprechen. Außerdem sollten die vorgestellten Projekte verschiedene Regionen Europas und unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche abbilden. Ausgewählt wurden beispielweise das griechische Projekt der Entwicklung einer nationalen Strategie für Deinstitutionalisierung und ein italienisches Projekt, in dessen Rahmen Menschen mit Behinderungen in die Planung lokaler Aktivitäten zur Inklusion einbezogen werden. Für jedes vorgestellte Projekt wird kurz dargestellt,

was es zum „S.H.I.F.T.“ beiträgt und inwiefern es der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen entspricht.

- [COFACE: Bericht zu Pest Practices für den "S.H.I.F.T." in der Inklusion](#)  

UNICEF: Berichte zur Überwindung der Coronakrise und geschlechtergerechten Bildung

Im Bericht „Preventing a Lost Decade“ mahnt UNICEF mögliche Konsequenzen der Coronakrise für Kinder und Jugendliche weltweit an und schlägt einen Aktionsplan vor, der die schlimmsten Auswirkungen verhindern soll. Die Probleme seien vor allem stark angestiegene Kinderarmut, Ausfälle im Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die sich verschärfende Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern. UNICEF ruft dazu auf, in soziale Sicherung von Kindern zu investieren, die Ernährung und Gesundheitsversorgung weltweit sicherzustellen und die globale Verteilung der Covid-19 Impfstoffe zu fördern. Um langfristige negative Folgen der Pandemie zu verhindern, müsse in hochwertige und zugängliche Bildung investiert werden. Zum Thema Bildung hat UNICEF aktuell einen gesonderten Bericht veröffentlicht, der sich auf geschlechtergerechte Bildung konzentriert. In ihm wird dargestellt, wie eine geschlechtergerechte Bildung alle Kinder darin fördern kann, ihre Stärken und Möglichkeiten zu entdecken.

- [Preventing a Lost Decade](#)  
- [Gender Transformative Education](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
12. Jan. 2022 Online	Perceived socioeconomic status and health: A longitudinal biomarker approach	Population Europe
18.-20. Jan 2022 Online	Preparing for the future III – tackling key challenges facing longitudinal population studies in a post-COVID world	Population Europe
20. Jan. 2022 Freiburg, Schweiz	Fachtagung: Elternbildung - normierte oder differenzierte Eltern? (auf Französisch)	Pro Familia Schweiz
26. Jan. 2022 Online	European Alliance for Apprenticeships Info Session	European Alliance for Apprenticeships
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	IAFL Introduction to European Family Law Conference	International Academy of Family Lawyers

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

